

A N T R A G

**der Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Bernd Baumann, Dirk Nockemann,
Dr. Alexander Wolf, Dr. Joachim Körner und Detlef Ehlebracht (AfD Fraktion)**

**Betr.: Sofortige Konsequenzen aus den Ereignissen um den G20-Gipfel
ziehen**

Selten zuvor in der Geschichte der Freien und Hansestadt Hamburg haben Mitglieder des Hamburger Senats in einer für die Freie und Hansestadt Hamburg wichtigen Herausforderung ein so verantwortungsloses Handeln gezeigt. Dies betrifft die Zweite Bürgermeisterin und Senatorin Katharina Fegebank und die Senatoren Dr. Till Steffen und Jens Kerstan, die sich bereits zu Beginn des G20-Gipfels am Freitagvormittag zu den erfolgten Gewalttaten äußerten. So erklärte die Senatorin Fegebank in Abstimmung mit ihren beiden Senatskollegen: „Meine Kollegen Jens Kerstan, Till Steffen und ich meinen: Der G20-Gipfel ist so groß, dass er selbst in eine Großstadt wie Hamburg nicht mehr passt. Das bewahrheitet sich jetzt, und wir verstehen, wie viele Hamburgerinnen und Hamburger genervt, wütend und auch erschrocken von den Ereignissen sind.“ Diese öffentliche Äußerung der Zweiten Bürgermeisterin, des Justizsenators und des Umweltsenators während des laufenden G20-Gipfels in einer zudem äußerst krisenhaften Situation für die Stadt Hamburg, ist nicht weniger als die Abkehr von der offiziellen G20-Politik des Senats. Statt in einer solch angespannten Situation seine Aufgabe zu erfüllen und mit kühlem Kopf zu versuchen Herr der Lage zu werden, haben diese Senatsmitglieder nur sich selbst und den Stimmenfang hinsichtlich der kommenden Bundestagswahl im Blick – ein beispielloses und unverantwortliches Verhalten der Senatoren. Mit diesen Äußerungen setzten sie ihr monatelanges Doppelspiel – Opposition zu spielen und gleichzeitig in der Regierungsverantwortung zu stehen – fort.

Dieses Gebaren ist die fatale Fortsetzung der Einflussnahme in das über 18 Monate erarbeitete Sicherheitskonzept des G20-Gipfels. So forderten die drei Senatoren zu Beginn der Gipfelwoche eine weitreichende Änderung des Polizeikonzeptes in der Form, dass Übernachtungen von G20-Gegnern in Camps geduldet werden sollten. Damit wurde die Polizeistrategie, keine großen Übernachtungslager unter freiem Himmel zuzulassen, auch auf maßgeblichen Druck dieser drei Senatoren, aufgegeben. Dieser Richtungswechsel ist gemäß den Äußerungen von Bürgermeister Scholz und Innensenator Grote eine fatale Fehlentscheidung gewesen, da nachweislich aus diesen Camps schwerste Straftaten vorbereitet und begangen wurden. Für diese Politik haben die Senatoren Fegebank, Dr. Steffen und Kerstan bis heute indes keine Verantwortung übernommen.

Dieses Verhalten, verbunden mit einer jahrelangen Tolerierung einer gewaltbereiten linksextremistischen Szene, erfordert sowohl von der Hamburgischen Bürgerschaft, wie auch vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, eine konsequente Umkehr der Politik im Umgang mit Einrichtungen wie der Roten Flora. Begleitet werden muss dieser Prozess von einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der aufklärt, wie die Hamburger Politik durch eine langjährige Tolerierung bzw. Förderung linksextremistischer Strukturen dafür gesorgt hat, dass die Gewalttäter des G20-Gipfels auf eine komplexe Infrastruktur zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Straftaten zurückgreifen konnten.

Aus diesem Grund möge die Bürgerschaft beschließen:

1. Die Hamburgische Bürgerschaft fordert den Ersten Bürgermeister auf, nach Artikel 34 Abs. 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg, die Zweite Bürgermeisterin und Senatorin Fegebank sowie die Senatoren Dr. Steffen und Kerstan aus ihren Ämtern zu entlassen.
2. Der Hamburgische Senat wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte einzuleiten, die Rote Flora so schnell wie rechtlich und polizeitaktisch möglich zu schließen.
3. Die Bürgerschaft strebt an, in der nächsten Zusammenkunft einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der u. a. den Schwerpunkt hat, aufzuklären, wie die Hamburger Politik durch eine langjährige Tolerierung bzw. Förderung linksextremistischer Strukturen dafür gesorgt hat, dass die Gewalttäter des G20-Gipfels auf eine komplexe Infrastruktur zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Straftaten zurückgreifen konnten.